Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 123 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 30. Mai 1931

Uebereifrige Schrankenwärter.

Briand wird nicht „a. D.". — Eine hochpolitische „Weekend"-Fahrt. — Grenzensprengende Wissenschaft.

„Alte Liebe rostet nicht," — und Briand hat ja eine ebenso alte wie heftige Liebe zu seinem Amt als Leiter der französischen Außenpolitik. Und sollte er selbst nun eine Ehescheidung herbeiführen, bloß deswegen, weil er die große Enttäuschung erlebt hatte, nicht zum Präsidenten gewählt zu werden? Briand schien ja zuerst und eine Zeitlang finster entschlossen, diese Ehescheidung vollziehen zu lassen, er hatte sie sozusagen schon eingeleitet, indem er zum Rechtsanwalt, Verzeihung! zum Ministerpräsidenten Laval ging und seine Demission als Außenminister ankündigte und feierlich überreichen — wollte. Da hat ihm denn Laval gut zugeredet; es gäbe doch gar keine rechten Gründe für die Scheidung, das bißchen Durchfall bei der Präsidentenwahl sei doch nicht der Rede wert, und im übrigen habe er doch für Frankreich in Genf so brav und erfolgreich gekämpft, daß Frankreich ohne ihn gar nicht auskommen könne. Und die „Sache des Friedens" nun schon gar nicht! „Frankreich" und „Friede" ist nämlich bereits seit vielen Jahrzehnten dasselbe! Napoleon III. hat das Wort geprägt „L'empire c'est la paix", das Kaiserreich bedeutet den Frieden, was besagtes Kaiserreich allerdings nicht hinderte, eine ganze Menge brutalster Angriffskriege „für den Ruhm Frankreichs" zu führen. Und welcher Staat heute nicht so will, wie es Frankreich heischt und gebietet, der ist eben ein Friedensstörer. Das hat Briand immer wieder gesagt und sein Stellvertreter Poncet hat kurz vor seiner Abfahrt aus Genf noch schnell einem deutschen Ausfrager erklärt, es sei für die Beurteilung der österreichisch-deutschen Zollunionspläne höchst gleichgültig, ob etwa das Haager Schiedsgericht sie juristisch für zulässig halten würde; sie seien und bleiben eine „politische Angelegenheit" und sie weiterverfolgen bedeute den „Konflikt mit Frankreich"; für Österreich gebe es eben nur eins: glatten Verzicht auf diese Pläne, die ihre Wurzeln im „Pangermanismus" hätten. Früher würde man derartige robuste Erklärungen als ganz unverhüllte Kriegsdrohung betrachtet haben, ähnlich jenem kurzen, aber deutlichen Wort, das Napoleon III. beim Neujahrsempfang 1859 dem österreichischen Gesandten ins Gesicht warf, er bedauere es, daß die Beziehungen Frankreichs zu Österreich so schlecht seien; da wußte der Gesandte Bescheid und in ein paar Monaten war das Kaiserreich durchaus nicht mehr der Friede, sondern der Krieg. Jetzt in Genf hatte Briand alles erreicht, was er haben wollte — und da hat er denn nach einigem Zureden auf die Scheidung von der auswärtigen Politik verzichtet. Uns Deutschen aber kann es nach den Erfahrungen, die wir in Genf mit Briand machen mußten, doch wohl recht gleichgültig werden, ob er oder Herr Poncet oder sonst jemand am Quai d'Orsay den weiteren Kurs der französischen Außenpolitik steuerte, denn der „bleibt doch der alte".

Wenn Briand nun allerdings auf den brodelnden Kessel Deutschland sieht und der „Mann des Friedens" — wäre, dann würde er möglicherweise etwas weniger stolz auf seine Genfer Erfolge sein. Denn der Dampf in diesem Kessel ist bedenklich hoch gespannt und die Bezeichnung „Nervosität" ist viel zu harmlos, um die nur noch mühsam in Ruhe gehaltenen Kräfte und Gegenkräfte zu charakterisieren. Und in diesem Gegeneinander soll nun der Kanzler und sein Kabinett durch den Druck kommender Notverordnungen — noch niemals paßte dieser Ausdruck so wie jetzt! — alle Kräfte zusammenbringen und zusammenzwingen zu gemeinsamer neuer Anstrengung. Vor allem zu einer solchen, die nach innen gerichtet ist. Weil sie die Voraussetzung zu der sein muß und sein soll, die — in Chequers — Wege zu dem außenpolitischen Ziel sucht, dem einzigen, das es heute für Deutschland und für alle Deutschen gibt: die Anbahnung der Revision des Young-Planes. Aus dem Stadium des Totgeschwiegenwerdens draußen in der Welt ist das deutsche Revisionsbegehren nun doch schon heraus und bezeichnenderweise fühlt sich eine große englische Zeitung zu der Mahnung an Frankreichs Adresse veranlaßt, man solle dort nicht gleich „nervös" werden, wenn man hört, daß nun in Chequers wahrscheinlich vom Revisionsproblem gesprochen wird. Gewiß soll man nun deutscherseits nicht etwa gleich sich der Hoffnung hingeben, daß der Reichskanzler Dr. Brüning aus Chequers mit einer festen Zusage sofortiger gründlicher Revision in der Tasche zurückkehren wird, und darum ist auch die Warnung schon heute am Platze, aus Enttäuschung über allzu hochgespannte Hoffnungen dann gleich von dem „üblichen vollen Mißerfolg" zu sprechen. Aber die zeitliche Verquickung jener Unterredung zwischen den deutschen und englischen Staatsmännern mit der Fertigstellung der radikal eingreifenden deutschen Notverordnungen ist durchaus nicht zufällig. In Chequers soll und wird wohl auf diese deutsche, diese letzte Kraftanstrengung und -anspannung verwiesen werden, die aber nur dann einen Sinn und einen Zweck haben kann, wenn man uns von draußen her hilft, uns zum mindesten die Fesseln lockert.

*

Aber die französische Regierung und ihre Politik laufen ja genau wie die Pferde im Göpel nur immer im Kreise um die „Erhaltung der Verträge" oder „des Friedens". Für sie ist die Welt gleichsam versteint seit den Tagen der „Vorortdiktate" von Versailles, St. Germain usw. Dabei hat diese Welt abseits dieser Politik rasche, weite Fortschritte gemacht. Soeben ist der gemeinsame Ikarusflug des Belgiers Piccard und des Deutschen Dr. Kipfe von deutschem Boden aus und über deutschem Boden geglückt hinauf in die Stratosphäre, hinaus weit über den „Erdenstaub". Alles im Dienste der Wissenschaft, die jene engen, von engstirnigen Menschen gezogenen Grenzen schon längst nicht mehr kennt.

Dr. Pr.

Immer neue schwere Lasten

Steuererhöhungen und Gehaltskürzungen.

Die Deckung des neuen Defizits.

Nachdem sich nun das Reichskabinett mit den Plänen für die Notverordnung beschäftigt, ist auch der Inhalt dieser Pläne der Öffentlichkeit näher bekannt geworden. Die Reichsminister beraten in Dauersitzungen, um möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen. Denn man will noch vor der Abreise zu den Besprechungen mit den englischen Staatsmännern fertig werden, nicht nur, weil die leeren Kassen zur höchsten Eile drängen, sondern auch deshalb, weil man den Engländern an Hand nüchterner Zahlen zeigen will, unter welchem Druck heute das deutsche Volk leben muß, und welche Gefahren unmittelbar drohen, wenn nicht schnellstens Erleichterungen von außen her kommen.

Die neue Notverordnung soll einen Fehlbetrag von 737 Millionen Mark decken. Dies will man erreichen einmal durch weitgehende Abstriche an den Voranschlägen und dann durch Einnahmeerhöhungen, wobei natürlich auch die eventuellen weiteren Rückgänge in den Steuereinnahmen schon in Rechnung gesetzt werden müssen. Die wichtigste Maßnahme in der neuen Notverordnung ist die

allgemeine Erhöhung der Einkommensteuer.

Man hat in den letzten Tagen viel von einer Beschäftigtensteuer gesprochen, aus diesem Plan ist nun eine

Krisensteuer

geworden, die 400 Millionen bringen soll. Es werden davon nicht nur die Einkommen über 8400 Mark betroffen, wie ursprünglich vorgesehen, sondern auch die kleineren Einkommen. Die Steuer wird von 1—6 Prozent des Einkommens gestaffelt.

Für die Beamten

tritt an Stelle der Krisensteuer eine Kürzung der Gehälter von 4 bis 8 Prozent je nach der Gehaltshöhe. Die Ersparnis aus dieser Kürzung wird auf 60 bis 70 Millionen geschätzt. Durch Kürzungen bei den

Kriegsbeschädigtenrenten

Streichungen der Renten für kleinere Grade der Erwerbsunfähigkeit) will man ebenfalls Einsparungen machen, ebenso durch Kürzungen bei der Krisenfürsorge. Hier sollen besonders durch Einführung strenger Prüfung der Bedürftigkeit Abstriche erzielt werden. Insgesamt will man hier 130 Millionen Mark herausholen. Weitere Ersparnisse sollen bei den sogenannten

Sachausgaben

gewonnen werden, insgesamt 110 bis 120 Millionen, davon 50 Millionen beim Wehretat. Was nun noch fehlt, sollen eine

starke Erhöhung der Zuckersteuer

und Änderungen bei der Tabaksteuer und der Benzinsteuer bringen. Man will den Einzelverkauf von Zigaretten wieder zulassen und die Zigarren stärker als bisher belasten.

Die Gesamtsumme, die man durch die Notverordnung an Ersparnissen und neuen Einnahmen erzielen will, beläuft sich auf nahezu eine Milliarde, das Defizit beträgt, wie schon gesagt, rund 730 Millionen Mark. Mit der erhofften Mehreinnahme glaubt man, gegenüber neuen unerwarteten Ereignissen gesichert zu sein, und man hofft auch, daß in absehbarer Zeit keine neue Notverordnung zur Beschaffung von Mitteln notwendig sein wird. Die Zukunft wird zeigen, wieweit dieser Optimismus berechtigt ist; bisher hat noch immer der Pessimist recht behalten.

Überspannte Sozialbeiträge vermehren Arbeitslosigkeit.

Stegerwald über Sozial- und Lohnpolitik

Reichsarbeitsminister Stegerwald äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter des Kölner Zentrumsorgans über wirtschafts-, sozial- und lohnpolitische Fragen. Man verlange, so führte er u. a. aus, zurzeit stürmisch eine grundlegende Reform der Sozialversicherung. Darüber brauche man sich nicht die Köpfe heiß zu reden, sie komme von selbst. Im Jahre 1931 trete nämlich für die gesamte Sozialversicherung dieselbe Einnahmedürre ein, die bei Reich, Ländern und Gemeinden zu beobachten sei. Bei dem gleichen prozentualen Beitragssatz wie im Jahre 1929 dürfte die gesetzliche Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung in 1931

um 1 bis 1¼ Milliarden Mark weniger Einnahmen

aufweisen als im vorausgegangenen Jahre. Zurzeit leisteten Arbeitgeber und Arbeiter alles in allem rund 18 Prozent des Lohnes an Beiträgen zur Sozialversicherung. Wenn die gegenwärtigen gesetzlichen Leistungen in allen Versicherungszweigen beibehalten werden sollen, dann müßten die Beiträge insgesamt um 5 bis 6 Prozent erhöht werden. Das sei sowohl für die Arbeitnehmer wie für die Wirtschaft eine bare Unmöglichkeit. Bei der heutigen Kapitalverknappung vermehre in Deutschland jede wesentliche produktionsbelastende Erhöhung der Sozialbeiträge die Arbeitslosigkeit.

Zur Frage der Lohnpolitik

erklärte der Minister u. a. folgendes: Im Jahre 1931 rechne die Arbeitslosenversicherungsanstalt aus 1 Prozent Beitrag mit 212,5 Millionen Einnahmen, also mit über 75 Millionen Jahreseinnahmen weniger als im Jahre 1929. Das bedeute, daß die Arbeitslosenversicherten im Jahre 1931 21,25 Milliarden oder um 7½ Milliarden weniger an Löhnen und Gehältern bezögen als in 1929. Es ergebe sich dreierlei: 1. daß die Behauptung, die deutschen Löhne seien zu unbeweglich und zu starr, im ganzen gesehen, nicht richtig sei; 2. daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen auf die Lohnpolitik in ihrer Gesamtheit gar nicht den überragenden Einfluß hätten, der vielfach fälschlich angenommen worden sei; 3. daß eine zweite allgemeine Lohnsenkung durch die staatlichen Schlichtungsinstanzen in nächster Zeit nicht mehr durchgeführt werden könne.

*

Das Ende der Sparmöglichkeit.

Landkreise im Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung.

Die zur Hauptversammlung des Deutschen Landkreistages in Mainz zusammengetretenen Delegierten aller deutschen Landkreise haben zum Problem der Arbeitslosenhilfe und ihrer Finanzierung eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Mit der anhaltenden Dauer der Wirtschaftskrise und der Zunahme der Erwerbslosigkeit ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im Verhältnis zu der Zahl der von der Arbeitslosenversicherung erfaßten kurzfristigen Arbeitslosen immer mehr gestiegen und hat zu einer stärkeren Verlagerung der Arbeits- und Unterstützungslast von den Schultern des Reiches auf die weit schwächeren der Gemeindeverbände und Gemeinden geführt. Soweit die Unterstützung nicht im Wege der Arbeitslosenversicherung geschehen kann, halten die Landkreise nach wie vor die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Fürsorge für Wohlfahrtserwerbslose für notwendig und dringlich. Auf allen Gebieten der sozialen Versicherung dürfen künftig Sanierungsmaßnahmen unter keinen Umständen zu Lasten der Fürsorgeverbände durchgeführt werden.

Der unhaltbare Versailler Vertrag.

London, 29. Mai. In den politischen Wochenschriften macht sich eine starke Opposition gegen die bisher vom Foreign Office verfolgte Politik gegenüber Frankreich und Europa bemerkbar. Die Erfahrungen hätten, so sagt die Weekend Review, gezeigt, daß die vor einem Jahre erfolgte Neuregelung der Reparationsfrage Deutschland und Europa nur tiefer in den Morast hinein gebracht hätte, da die Last eben zu groß sei. Das Foreign Office habe den persönlichen bezaubernden Eigenschaften Briands und den Leidenschaften des Quai d'Orsay viel zu sehr nachgegeben und habe es an dem Ersinnen von geeigneten Mitteln fehlen lassen, die Deutschland eine wirtschaftliche und moralische Erleichterung hätten bringen können. In England müsse man sich darüber klar werden, was es bedeute, wenn Deutschland ruiniert sei.

Der News Statesman gibt zu, daß die bisherige Behandlung Deutschlands die bittere Stimmung im deutschen Volk vollkommen rechtfertige. Der Völkerbund habe Deutschland nicht sein Recht zukommen lassen, man müsse sich fragen, ob man nicht endlich aufhören sollte, sich immer wieder auf den Versailler Vertrag als Heiligtum und gleichzeitig als Daumenschraube zu berufen. Man habe zwölf Jahre lang Zeit gehabt, um die Unhaltbarkeit dieses Vertrages einzusehen. Es sei dringend notwendig, daß die Staatsleute Europas bis zum September die Lage erneut überprüfen. Oesterreich könne nicht mehr länger innerhalb seiner jetzigen Zollgrenzen weiterbestehen. Das System der finanziellen Wohltätigkeit, das der Völkerbund ausübe, müsse grundlegend geändert werden. Die Zeitschriften hoffen, daß der Besuch in Chequers einen Wechsel bringen und ein neues Kapitel der englischen Politik eröffnen wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF